

NR. 102

27.03.2012


www.laender-analysen.de/ukraine

POLITISCHE PARTEIEN ERNENNUNG POROSCHENKOS ZUM WIRTSCHAFTSMINISTER

■ ANALYSE	
Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen	2
Von Max Bader, Amsterdam und Andrey Meleshevich, Kiew	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Umfragen in der Bevölkerung zum Parteiensystem	6
Expertenumfrage zum Parteiensystem	8
■ DOKUMENTATION	
Neuer Wirtschaftsminister – Petro Poroschenko	11
■ CHRONIK	
Vom 14. bis 27. März 2012	15



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Ukraine-Analysen
werden unterstützt von:

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

oa 

Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen

Von Max Bader, Amsterdam und Andrey Meleshevich, Kiew

Zusammenfassung

20 Jahre nach der Unabhängigkeit ist das Parteiensystem in der Ukraine nach wie vor instabil. Die jüngsten Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen sowie die politische Korruption und die Abhängigkeit der Parteien von Sponsoren haben dies noch verstärkt. Der Beitrag analysiert anhand der wichtigsten ukrainischen Parteien die Probleme einer Verstetigung des Parteiaufbaus.

Einleitung

Auch zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit hat sich in der Ukraine kein stabiles Parteiensystem herausgebildet, in dem die Parteien einem mehr oder weniger vorhersagbaren Muster folgend wiederholt bei Wahlen antreten würden. Ein halbes Jahr vor den ersten nationalen Parlamentswahlen unter Präsident Wiktor Janukowytsch scheint das Parteiensystem so weit wie nie von einer Institutionalisierung entfernt zu sein. Die wachsende Unbeständigkeit resultiert aus dem Zusammenspiel zwischen den politischen Entwicklungen und den Änderungen am gesetzlichen Rahmen. Die Parteien werden sich in Zukunft den Anforderungen eines gemischten Wahlsystems, das durch die Annahme eines neuen Gesetzes zur Wahl der Volksvertreter Ende 2011 (wieder) eingeführt wurde, anpassen müssen. Des Weiteren hat die Rücknahme jener Verfassungsänderungen im Jahr 2010, die bald nach der Orangen Revolution angenommen worden waren, die Bedeutung politischer Parteien gemindert, wodurch auch die Anreize für einen stabilen Parteiaufbau schwächer geworden sind. In Hinsicht auf die politischen Entwicklungen hat die Verurteilung von zwei prominenten Parteiführern – Julija Tymoschenko und Jurij Luzenko – sowie die Vorahnung, dass die anstehende Parlamentswahl nicht fair sein wird, die Parteien dazu gebracht, sich eher auf Kurzzeitziele zu konzentrieren als auf eine langfristige Entwicklung. Die größte Oppositionspartei, Tymoschenkos Partei Vaterland (Batkywschtschyna), kämpft mit der Verurteilung ihrer Vorsitzenden. Präsident Janukowytschs Partei der Regionen zeigt allerdings kaum bessere Umfrageergebnisse als Vaterland. Beide Parteien erreichen nur ungefähr 15 %. Gleichzeitig tauchen neue politische Kräfte auf, die zu einer Bedrohung für die Partei der Regionen werden könnten.

Die großen Parteien heute

Welche politischen Parteien dominieren das Geschehen im Jahr 2012?

Die **Partei der Regionen** wird formal von Ministerpräsident Mykola Asarow geführt. Seit Janukowytsch die Führung des Landes übernommen hat, ist die Partei in gewisser Hinsicht zu einer »Partei der Macht« gewor-

den, ähnlich wie andere solche Parteien im postsowjetischen Raum, z. B. Einiges Russland, die Partei Neues Aserbaidshan oder Nur Otan in Kasachstan. Nach der Wahl Janukowytschs haben sich viele Mitglieder der politischen und wirtschaftlichen Elite, die bisher nicht politisch gebunden waren oder anderen Parteien angehörten, der Partei der Regionen angeschlossen. Eine Konsequenz daraus ist, dass die Partei nun einen größeren finanziellen Rückhalt hat als alle anderen Parteien zusammen und dadurch bei den anstehenden Wahlen eine vorteilhafte Position einnimmt. Allerdings sah sich die Partei im vergangenen Jahr auch mit einem starken Rückgang der Unterstützung konfrontiert. Da sich die Führung der Partei aus Vertretern verschiedener Gruppen zusammensetzt, bleibt die Partei darüber hinaus anfällig für interne Konflikte.

Die größte Oppositionspartei ist derzeit die Partei **Vaterland** der ehemaligen Ministerpräsidentin Tymoschenko. Die Partei erlebt allerdings aus verschiedenen Gründen schwere Zeiten. Erstens und ganz offensichtlich ist es problematisch, dass Tymoschenko zu sieben Jahren Haft verurteilt worden ist, für Verbrechen, die sie angeblich als Ministerpräsidentin begangen hat. Zweitens haben die meisten wohlhabenden Sponsoren die Partei verlassen, in einigen Fällen auch um sich der Partei der Regionen anzuschließen. Drittens wird die Partei anders als bei früheren Abstimmungen nicht in der Lage sein bei den anstehenden Wahlen als Teil eines größeren Blocks anzutreten, weil das neue Parlamentswahlgesetz Parteiblöcke verbietet. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch unklar, wie die Partei Vaterland mit den neuen Bedingungen zurechtkommen wird und ob die Partei überhaupt effektiv geführt werden kann, wenn die Parteivorsitzende im Gefängnis sitzt.

Die zweitstärkste Oppositionspartei ist die **Front der Veränderung**, geführt von Arsenij Jazenjuk. Mit 37 Jahren hat Jazenjuk bereits als Außenminister gearbeitet, als Wirtschaftsminister und als Parlamentspräsident. Seine Partei, die sich vor allem an kleinere und mittlere Unternehmer wendet, wird 2012 erstmals bei einer nationalen Parlamentswahl antreten.

Die Partei der Regionen, Vaterland, und Front der Veränderung werden sicherlich die Sperrklausel über-

winden, die in dem jüngst angenommenen Wahlgesetz von 3 % auf 5 % angehoben worden ist. Drei weitere Parteien haben eine reale Chance die Hürde zu nehmen, wenn sie allein bei den Wahlen antreten: UDAR, die Kommunistische Partei und die Partei Freiheit (Svoboda). UDAR ist erst vor zwei Jahren vom Boxchampion Witalij Klytschko gegründet worden und ist noch dabei, eine landesweite Organisation aufzubauen. Die **Kommunistische Partei (KPU)** war über weite Phasen der 1990er Jahre die größte politische Partei. Einen Großteil ihrer Unterstützer hat sie zwar über die Jahre verloren, aber dennoch hat die Partei eine relativ stabile Basis, vor allem in den südlichen und östlichen Regionen des Landes. Außerdem könnte sie von der schwindenden Unterstützung für die Partei der Regionen profitieren. Die Partei **Freiheit** ist eine (radikal) nationalistische Partei, mit deutlicher Unterstützung in den westlichsten Regionen des Landes.

Die beinahe 200 weiteren registrierten Parteien werden entweder gar nicht erst bei den Wahlen antreten oder haben kaum eine Chance die 5%-Hürde zu überwinden. Dies betrifft auch einige Parteien, die in den letzten Jahren noch relativ einflussreich waren. Die **Starke Ukraine**, geführt vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Serhij Tihipko, ist im März 2012 mit der Partei der Regionen fusioniert. Die **Volkspartei** der Ukraine (NPU) wird vom Parlamentspräsidenten Wolodymyr Lytwyn geführt und hat keine realistische Chance die Sperrklausel zu übersteigen. Die Partei **Unsere Ukraine** des ehemaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko hat ihre Aktivitäten praktisch eingestellt und es scheint unwahrscheinlich, dass die Partei wiederbelebt wird oder überhaupt wiederbelebt werden könnte.

Wie arbeiten ukrainische Parteien?

Politische Parteien in der Ukraine sind weit von jenem Parteientyp entfernt, der die partizipatorische Demokratie in den Mittelpunkt stellt. Wie in vielen neuen Demokratien oder Semi-Demokratien sind die Parteien in der Ukraine im Allgemeinen nicht-ideologisch und es fehlen ihnen erkennbare programmatische Positionen, um sich von anderen Parteien abzuheben: Mit Ausnahme einiger weniger Parteien, wie z. B. der Kommunistischen Partei und der Partei Freiheit, sind sie allein aufgrund ihres Programms kaum voneinander zu unterscheiden. Alle großen Parteien bekunden, der Europäischen Integration verpflichtet zu sein und ordnen sich im politischen Spektrum mittig oder etwas rechts der Mitte ein. Anschaulich macht diese politische Elastizität die Entwicklung der Partei Vaterland. Bei dem Versuch, Verbindungen zu einer der europäischen Parteien aufzubauen, setzte sich die Partei zunächst für einen Beobachterstatus bei der Sozialdemokratischen Partei Europas ein.

2008 allerdings erlangte die Partei dann stattdessen den Beobachterstatus bei der Europäischen Volkspartei.

Angesichts des Mangels an programmatischer Attraktivität setzen ukrainische Parteien im Wahlkampf auf das Charisma oder die Reputation ihrer Führer und in gewissem Maße (insbesondere bei der Partei der Regionen) auch auf Klientelismus. Die Parteien tendieren zu starker Zentralisierung und zu geringer innerparteilicher Demokratie. Die meisten von ihnen wurden auf Initiative einer Führungsperson oder einer kleinen Gruppe solcher Personen gegründet, die anschließend auch die Kontrolle über die Parteioorganisation behielt. Indem die Parteien untrennbar mit ihren Führungspersonen verbunden sind, hängt auch das Überleben der Parteien von Lust und Laune dieser Personen ab. Tatsächlich ist es schwer vorstellbar, dass Vaterland, Front der Veränderung oder UDAR überleben würden, wenn Tymoschenko, Jazenjuk oder Klytschko aus irgendeinem Grund ihre Partei verlassen würden. Andere Parteien wurden lediglich als Projekte konzipiert, mit denen ein klar definiertes Ziel erreicht werden sollte. Sie können z. B. politisches Instrument einer ambitionierten Führungspersönlichkeit sein: Durch die Gründung und das Investieren in eine Partei kann diese Person ihr politisches Kapital vergrößern, das ihr wiederum eine wichtige Position in der Regierung oder einen Gouverneursposten einbringen kann. Eine Partei kann aber auch aufgebaut werden, um möglichst viele Sitze im Parlament zu gewinnen (auf nationaler oder regionaler Ebene), und diese dann an den Höchstbietenden zu verkaufen.

Ein anderes charakteristisches Merkmal ukrainischer Parteien ist ihre regional beschränkte Unterstützung: Sie sind meist nur in einem oder einigen wenigen Teilen des Landes wirklich populär oder zumindest ist die Zustimmung regional stark konzentriert. Die Partei der Regionen wird z. B. in erster Linie in den südlichen und östlichen Regionen der Ukraine unterstützt: In den Wahlen von 2007 gewann die Partei in einigen Gebieten im Osten über 90 % der Stimmen, in einigen westlichen Stimmbezirken erreichte sie hingegen nur einstellige Zustimmungsraten. In ähnlicher Weise bekommen die Partei Freiheit und Unsere Ukraine ihre Unterstützung größtenteils aus den westlichen Regionen des Landes.

Letztendlich sind die politischen Parteien in der Ukraine Täter und Opfer der »politischen Korruption« zugleich. Sie bekommen keine öffentliche Finanzierung und die Mitgliedsbeiträge reichen nicht aus um teure Kampagnen durchzuführen. Stattdessen ermöglicht das Parteiengesetz wirksam die Annahme unbegrenzter Spenden von Privatpersonen und Unternehmen. Die wichtigsten Parteien sind somit praktisch abhängig von der Finanzierung durch einige wohlhabende Privatper-

sonen oder Unternehmen; wegen der hohen Kosten von Wahlkampagnen haben Parteien, die von dieser Art der Finanzierung ausgeschlossen sind, im Wahlkampf keine Chance. Die Parteien selbst werden dabei als diejenigen gesehen, die anstatt die Bande zum Wahlvolk fester zu schmieden, das Sponsoring durch wohlhabende Privatpersonen verfolgen. Die Sponsoren einer Partei wiederum erwarten natürlich eine Rendite ihrer Investitionen: Parteien, die große Geldmengen über private Finanzierungen erhalten, müssen dementsprechend die Forderungen ihrer Sponsoren erfüllen und z. B. für bestimmte, dem Sponsor dienliche Gesetze stimmen. Eine andere Einnahmequelle für Parteien, an der die politische Korruption sehr deutlich wird, ist der Handel mit Parlamentssitzen und Stimmen. Von der lokalen bis zur nationalen Ebene werden die Positionen auf Parteilisten an Personen verkauft, die in den meisten Fällen versuchen, ihre Geschäftsinteressen durch Repräsentation in der Legislative durchzusetzen. Parteien oder einzelne Parlamentarier können auch Stimmen für bestimmte Teile der Gesetzgebung, die den Privatakteuren dienen, verkaufen. Der Handel mit Parlamentssitzen und -stimmen verringert in hohem Maße die Loyalität der Abgeordneten gegenüber den Parteien, in deren Auftrag sie ins Parlament gekommen sind.

Von der Institutionalisierung zur Deinstitutionalisierung

Der Umstand, dass sich Parteien um eine Führungsperson oder eine kleine Gruppe solcher Personen drehen, und dass sie abhängig von Sponsoren sind, die ihre Unterstützung jederzeit beenden können, macht Parteien zwangsläufig labil. Erschwerend kommt hinzu, dass die Gesetzgebung der letzten zwei Jahre die Anreize für einen langlebigen Parteaufbau eingeschränkt hat. Zumindest während der Jahre nach der Orangen Revolution von 2004 schien das Parteiensystem sich Richtung Institutionalisierung zu entwickeln. Die Wahlgesetzgebung, die 2004 verabschiedet worden war, schrieb vor, dass alle Sitze im Parlament nach einer Verhältniswahl besetzt werden sollten, bei der es nur landesweite Parteilisten und Listen von Parteiblocken gibt. Gleichzeitig wurden infolge der Verfassungsänderungen, die zur Zeit der Revolution ausgehandelt wurden, die Befugnisse der Legislative zu Lasten des Präsidenten erweitert. Eine parlamentarische Mehrheit in Form einer Parteien-Koalition sollte nun den Ministerpräsidenten wählen, der zudem größere Autonomie gegenüber dem Präsidenten bekam, genauso wie die meisten anderen Regierungsmitglieder auch.

Nachdem Präsident Janukowytsch und seine regierende Partei an die Macht gekommen waren, haben sie die Gesetzgebung, die Anreize für die Parteienbildung

nach der Orangen Revolution geschaffen hatte, in großen Teilen wieder zurückgenommen. Die Befugnisse des Parlaments wurden im Oktober 2010 beschnitten, als das Verfassungsgericht in einem umstrittenen Urteil die Verfassungsänderungen von 2004 annullierte (2006 waren diese in Kraft getreten) und damit die ursprüngliche, eher »präsidiale«-Version der Verfassung wiederherstellte. Erneut hat nun eher der Präsident entscheidenden Einfluss auf die Zusammensetzung der Regierung als eine Parteien-Koalition im Parlament.

Ein weiterer Teil der Gesetzgebung, der wahrscheinlich einen negativen Effekt auf die Parteienentwicklung haben wird, ist das neue Gesetz über die Wahl der Abgeordneten in der Ukraine, welches etwa ein Jahr vor der anstehenden Wahl, im November 2011, verabschiedet wurde. Das Gesetz führt das gemischte Wahlsystem wieder ein, das vor der Orangen Revolution gegolten hatte. Das bis vor Kurzem gültige Wahlgesetz, demzufolge um die Sitze im Parlament in einem landesweiten Wahlkreis konkurriert wird und diese nach dem Verhältniswahlrecht verteilt werden, war bei Weitem nicht perfekt. Insbesondere die Festlegung eines landesweiten Wahlkreises schwächte die regionalen und lokalen Parteien, die kaum Möglichkeiten sahen, dass ihre Vertreter ins nationale Parlament gewählt würden. Das neue Wahlgesetz behält die Verhältniswahl in einem landesweiten Bezirk für die Wahl der einen Hälfte der Abgeordneten bei; die restlichen 225 Sitze werden jetzt in Ein-Mann-Wahlkreisen nach dem Mehrheitsprinzip gewählt. Die Wiedereinführung der Mehrheitswahl wird vermutlich aus mindestens zwei Gründen einen negativen Effekt auf die Entwicklung eines stabilen Parteiensystems haben. Erstens werden wegen der geringen Popularität der bestehenden Parteien wohl viele unabhängige Kandidaten antreten und in den Mehrheitswahlen auch gewinnen. Zweitens werden viele kleine Parteien, die die 5%-Hürde nicht überwinden können, weiter bestehen, weil sie die Mehrheitswahlen als einzige Möglichkeit sehen, wenigstens einige Sitze im Parlament zu gewinnen. Ein zentraler Aspekt des bisherigen Wahlsystems – die geschlossenen Parteilisten – wurde trotz nationaler und internationaler Appelle für die Einführung offener Listen beibehalten und wird ebenfalls negative Auswirkungen auf die Parteienentwicklung haben. Geschlossene Listen erlauben dem Wähler nicht, seine Vorliebe für einzelne Parteivertreter zum Ausdruck zu bringen; stattdessen liegt die Auswahl der Kandidaten für die Parteiliste und ihre Platzierung auf dieser Liste in vollem Umfang bei den politischen Parteien, und in der Praxis bei einer kleinen Gruppe von Personen innerhalb dieser Parteien. Die geschlossenen Listen fördern dabei eine besonders gravierende Form politischer Korruption in der ukrainischen Politik – den Kauf von Sitzen.

Die bevorstehende Wahl

Das aktuelle Wahljahr ist ein außergewöhnlich arbeitsreiches Jahr für die ukrainischen Parteien. Das neugebildete »Komitee gegen Diktatur«, bestehend aus den wichtigsten Oppositionsparteien, hat erklärt, dass es einzelne, die Opposition repräsentierende Kandidaten für die Wahlen in den 225 Ein-Mann-Wahlkreisen nominieren wird. Die Verhandlungen über die Nominierung der einzelnen Kandidaten erweisen sich als schwierig und kosten die Oppositionsparteien viel Kraft. Die Wiedereinführung des gemischten Wahlsystems wird dabei als politisch motiviert betrachtet. Insbesondere wird angenommen, dass die meisten Abstimmungen in den Ein-Mann-Wahlkreisen trotz einer niedrigen Gesamtbewertung der Partei von Abgeordneten der Partei der Regionen oder Kandidaten, die der Partei nahestehen, gewonnen werden, wenn die Opposition es nicht schafft sich effektiv zu koordinieren. Darüber hinaus werden viele Parteien schwer mit der heraufgesetzten Sperrklausel kämpfen müssen. Dennoch setzt die Opposition auf die Möglichkeit, nach den Wahlen die Mehrheit im Parlament zu kontrollieren und dadurch die Machtposition des Regimes zu untergraben. Die Oppositionsparteien wetten jedoch nicht nur um Stimmen, sondern kämpfen auch um die Durch-

führung fairer Wahlen, da es den weitverbreiteten Verdacht gibt, dass das Regime zu Wahlmanipulation und Betrug greifen wird, um seinen Sieg zu sichern. Auch in anderer Hinsicht ist unklar, unter welchen Umständen die Wahl stattfinden wird: Die genauen Grenzen der 225 Wahlbezirke wurden noch nicht gezogen und es scheint wahrscheinlich, dass das Wahlgesetz vor der Wahl noch einmal in wichtigen Punkten geändert wird. Der Wahlausgang und der Prozess im Vorfeld der Wahl könnten eine ernsthafte Umgestaltung der derzeitigen Parteienkonstellation einleiten. Wenn die Partei der Regionen keinen gelungenen Auftritt hinlegt, könnte sie es mit Überläufern oder Schlimmerem zu tun bekommen. Was die Partei Vaterland betrifft, so bleibt unklar, wie sie aus ihrer aktuellen Krise herauskommen wird. Einige der neuen und scheinbar aussichtsvollen Kräfte könnten ebenfalls Schaden nehmen, wenn sie schlechter arbeiten als erwartet und gleichzeitig andere Kräfte in den Vordergrund treten, denen es gelingt die oppositionellen Strömungen zu vereinen. Alles in Allem ist ein Ende der Unbeständigkeit des Parteiensystems in der Ukraine nicht in Sicht.

*Übersetzt aus dem Englischen von Irene Ramchen und
Judith Janiszewski*

Über die Autoren:

Max Bader ist Assistant Professor für Russian and Eurasian Studies an der University of Amsterdam. Andrey Meleshevich ist Professor und Dekan der Rechtsfakultät der Nationalen Universität »Kiew-Mohyla Akademie«.

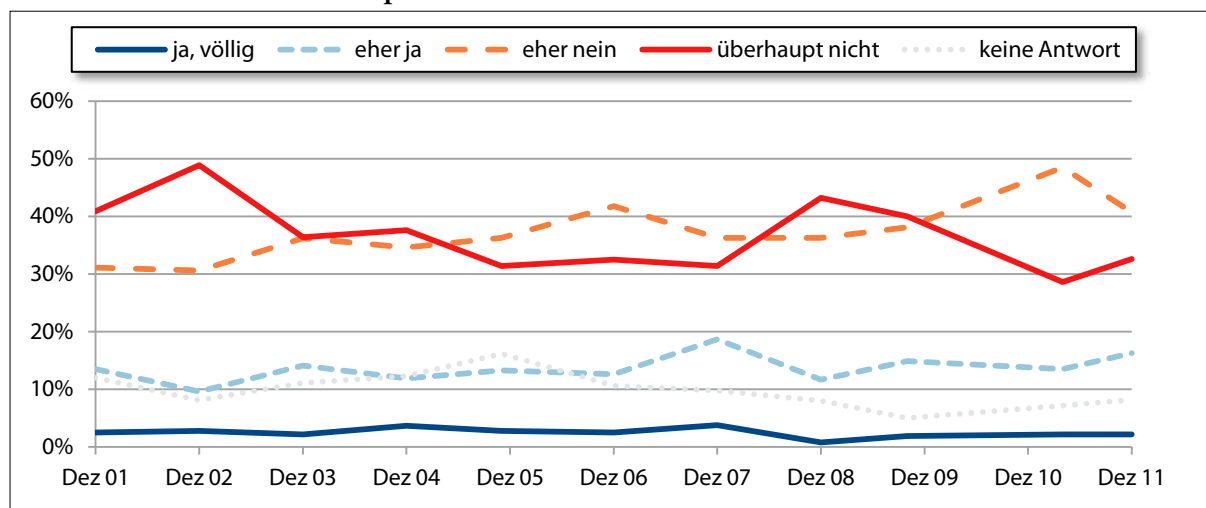
Lesetipps:

- Bader, Max: Party politics in Georgia and Ukraine and the failure of western political party assistance, in: *Democratization* 17 (6), 2010.
- Kovryzhenko, Denis: Regulation of Political Parties in Ukraine, Kyiv and Warsaw: Agency for Legislative Initiatives and OSCE/ODIHR, 2010.
- Meleshevich, Andrey: Uncertain Partners of Democracy: Political Parties in Ukraine, in: Kay Lawson et al. (eds): *Political Parties and Democracy: Post-Soviet and Asian Political Parties*, Westport (USA): Greenwood/Praeger, 2010, pp. 85–111.
- Ukrainian Center for Economic and Political Studies: Ukraine's party system: establishment, functioning, development, in: *National Security and Defence* No. 5 (116), 2010, <http://www.razumkov.org.ua/eng/journal.php?y=2010&cat=156>

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

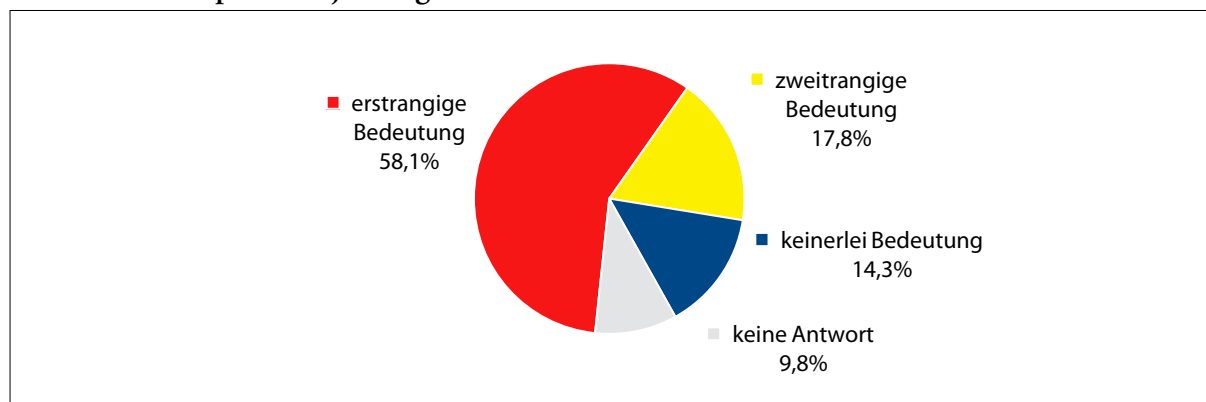
Umfragen in der Bevölkerung zum Parteiensystem

Grafik 1: Vertrauen Sie den politischen Parteien?, 2001–2011, in %



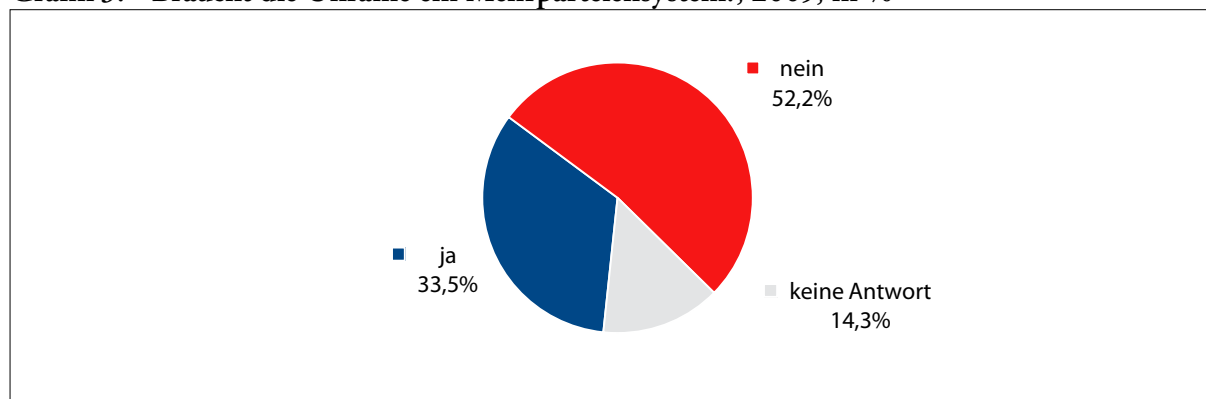
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=82

Grafik 2: Welche Bedeutung hat für Sie bei der Stimmabgabe für eine politische Partei, wer an der Spitze der jeweiligen Partei steht?, 2009, in %



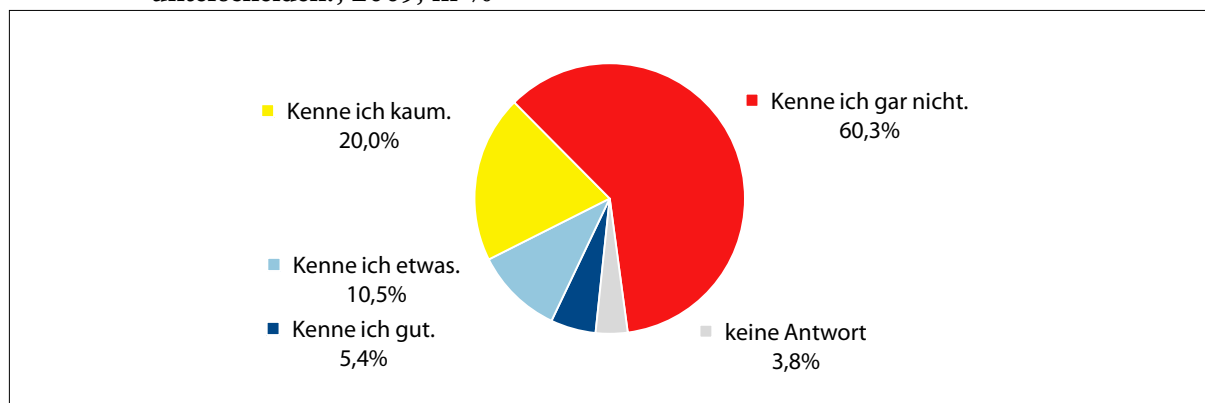
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 15. bis 20. Mai 2009, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=557

Grafik 3: Braucht die Ukraine ein Mehrparteiensystem?, 2009, in %



Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 15. bis 20. Mai 2009, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=553

Grafik 4: Politische Parteien werden eingeteilt in links, mitte und rechts. Wissen Sie oder haben Sie eine gewisse Vorstellung davon, worin sich z. B. linke Parteien von rechten unterscheiden?, 2009, in %



Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 15. bis 20. Mai 2009, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=555

Tabelle 1: Würden Sie teilnehmen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären? Wen würden Sie wählen, wenn die folgenden Parteien teilnehmen? (Parteien mit über 0,5 % der Stimmen)

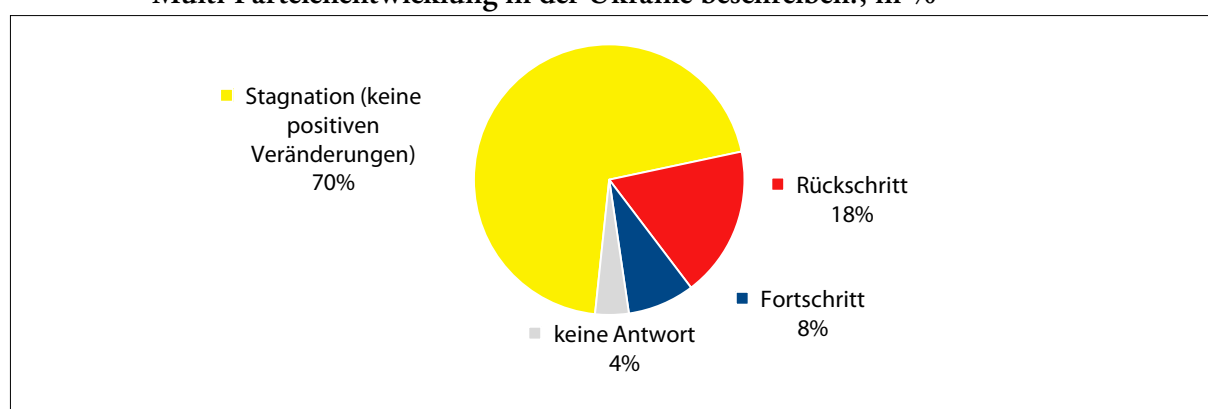
	% aller Befragten	% derjenigen, die an der Wahl teilnehmen
Partei der Regionen	17,3 %	19,7 %
Vaterland	13,1 %	15,0 %
Front der Veränderung	8,1 %	9,3 %
Kommunistische Partei	5,4 %	6,2 %
UDAR	5,4 %	6,1 %
Freiheit	3,4 %	3,8 %
Starke Ukraine	3,0 %	3,4 %
Bürgerposition	2,0 %	2,3 %
Unsere Ukraine	1,1 %	1,3 %
Sozialdemokratische Partei der Ukraine	0,6 %	0,7 %
Sozialistische Partei	0,5 %	0,5 %
würde nicht teilnehmen	12,3 %	nicht zutreffend
unentschieden	23,4 %	26,7 %
keine Antwort	2,2 %	2,5 %

Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 9. bis 19. Februar 2012, http://kiis.com.ua/img/pr_img/20120314_PolitOr/tab1.jpg

Expertenumfrage zum Parteiensystem

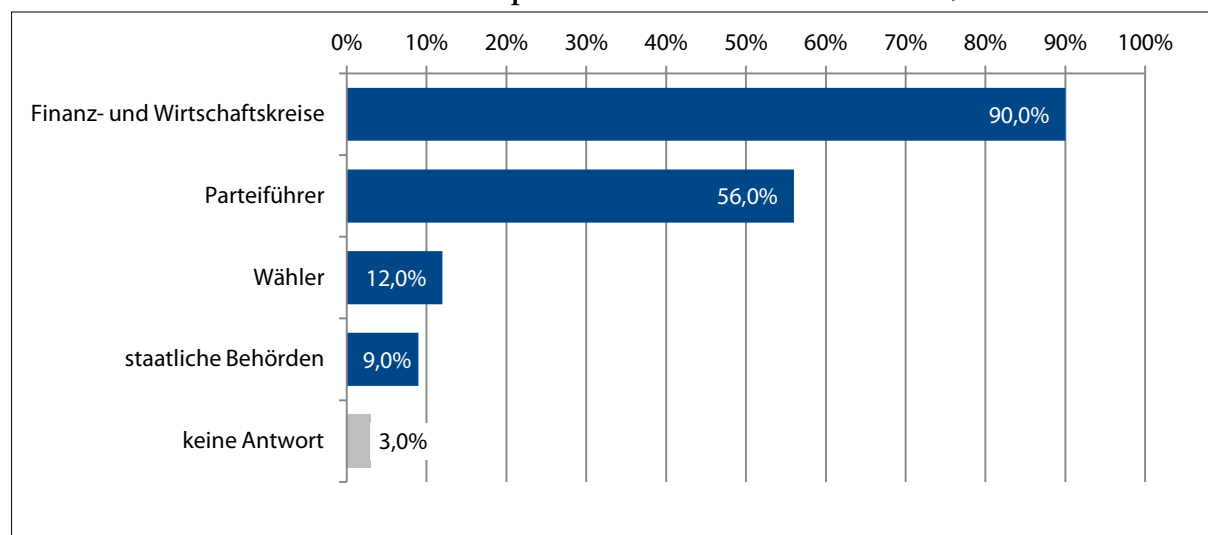
Die gesamtukrainische Expertenumfrage zur Entwicklung politischer Parteien in der Ukraine wurde vom Razumkov-Zentrum vom 14. bis 20. Mai 2010 durchgeführt. Es wurden 100 Experten befragt – Repräsentanten der Staatsmacht, Think-Tanks, Parteiführungen, Hochschulen, Experten, Politikwissenschaftler, Juristen, http://www.razumkov.org.ua/eng/files/category_journal/NSD116_eng_2.pdf

Grafik 5: Vor 20 Jahren begann sich ein Multi-Parteiensystem in der Ukraine herauszubilden. Heute sind über 170 politische Parteien registriert. Wie würden Sie den Prozess der Multi-Parteienentwicklung in der Ukraine beschreiben?, in %



Quelle: Expertenumfrage des Razumkov-Zentrums vom 14. bis 20. Mai 2010, http://www.razumkov.org.ua/eng/files/category_journal/NSD116_eng_2.pdf

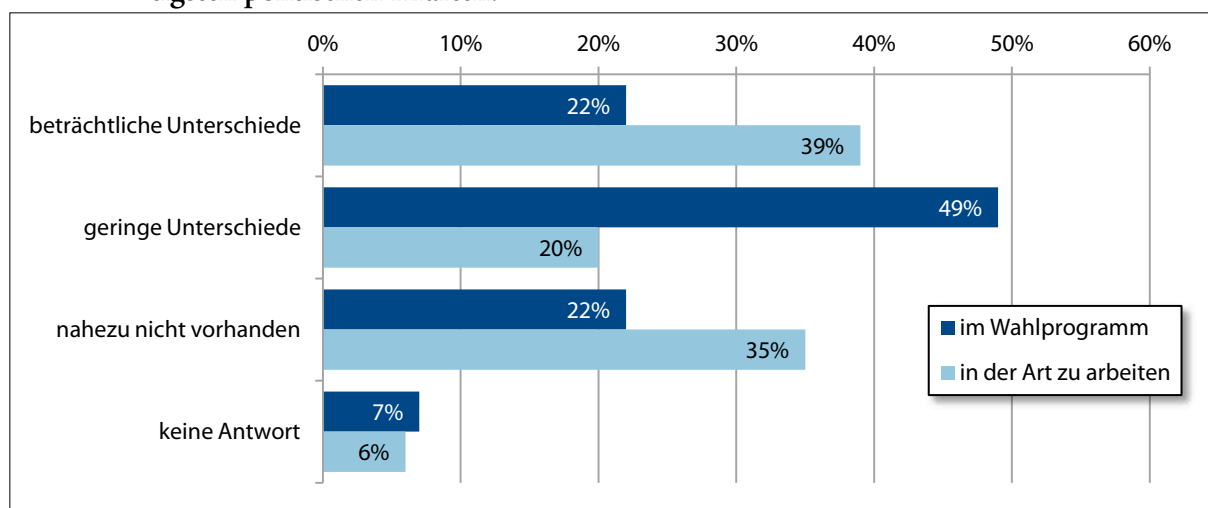
Grafik 6: Wessen Interessen vertreten politische Parteien in der Ukraine?, in %



Anm.: Die Experten wurden gebeten, alle akzeptablen Antwortmöglichkeiten zu nennen.

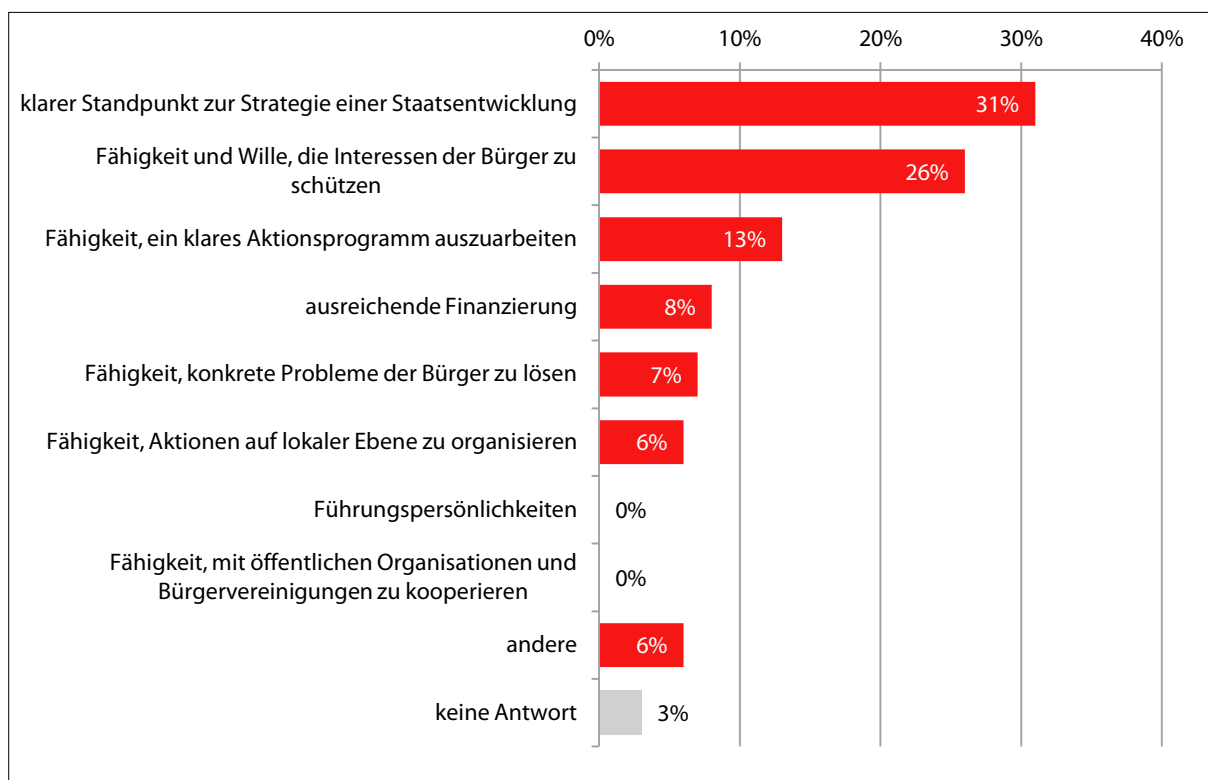
Quelle: Expertenumfrage des Razumkov-Zentrums vom 14. bis 20. Mai 2010, http://www.razumkov.org.ua/eng/files/category_journal/NSD116_eng_2.pdf

Grafik 7: Wie gravierend sind die Unterschiede zwischen den im Parlament vertretenen wichtigsten politischen Kräften?



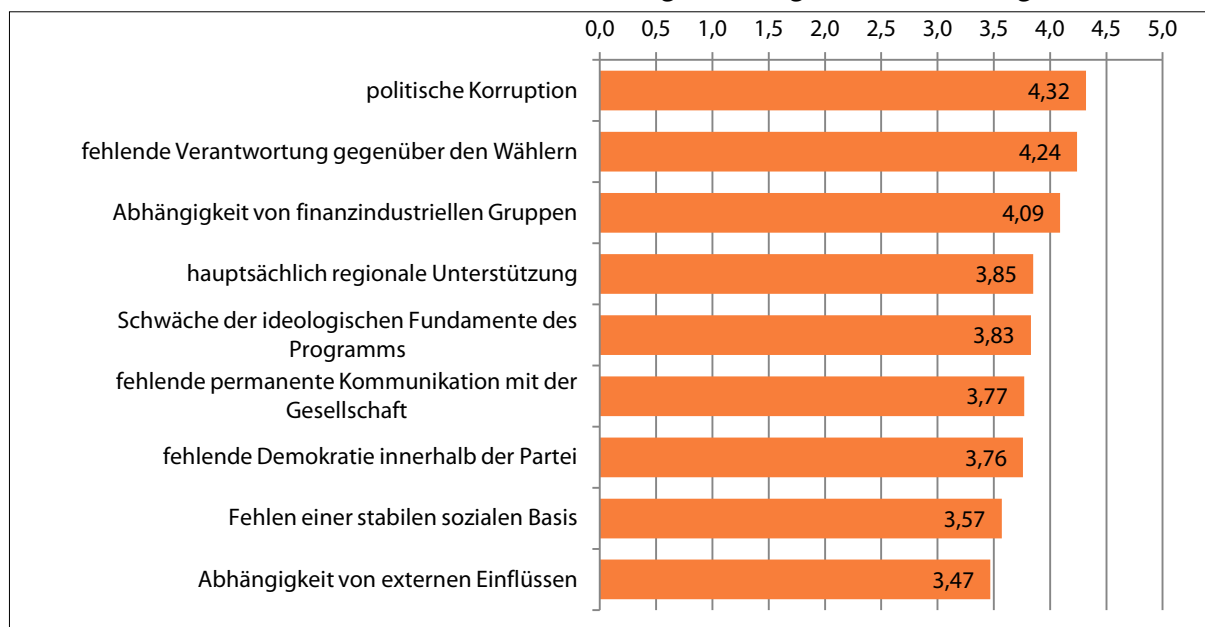
Quelle: Expertenbefragung des Razumkov-Zentrums vom 14. bis 20. Mai 2010, http://www.razumkov.org.ua/eng/files/category_journal/NSD116_eng_2.pdf

Grafik 8: Was fehlt den bestehenden ukrainischen Parteien am meisten?, in %



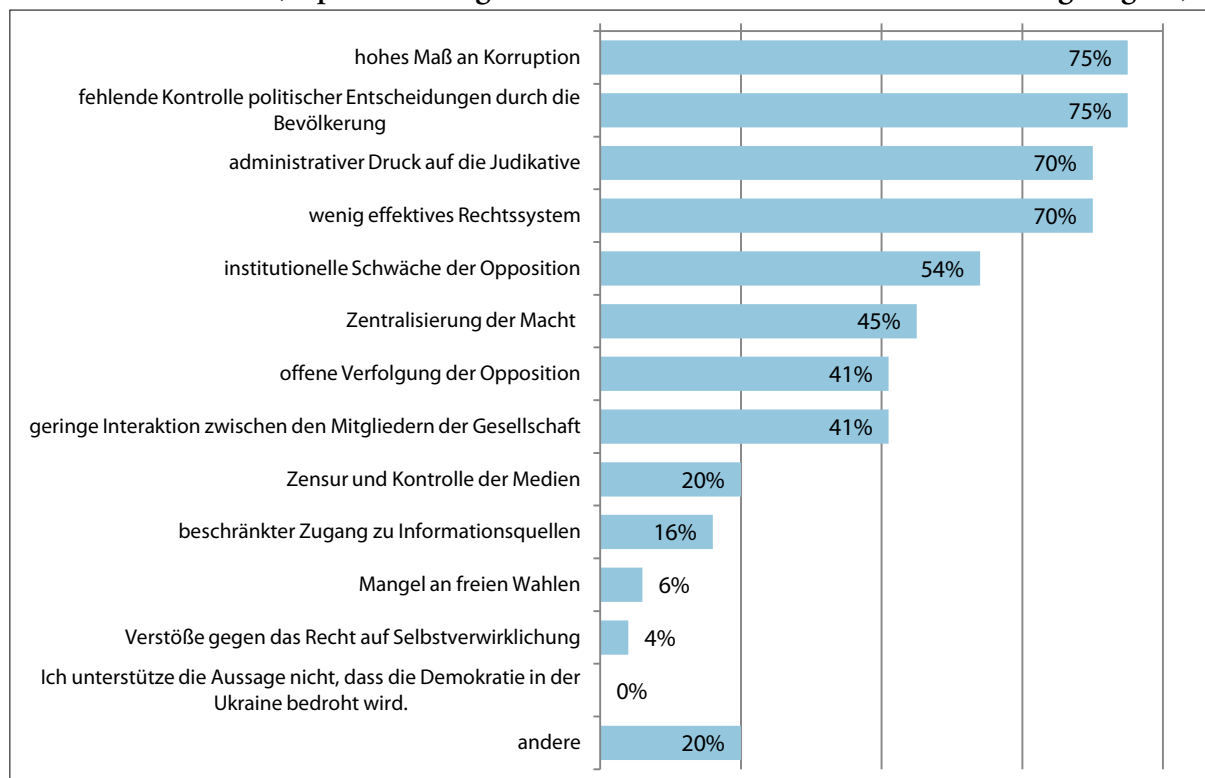
Quelle: Expertenbefragung des Razumkov-Zentrums vom 14. bis 20. Mai 2010, http://www.razumkov.org.ua/eng/files/category_journal/NSD116_eng_2.pdf

Grafik 9: Wie dringend sind im Moment die folgenden Probleme für politische Parteien der Ukraine? Skala von 1 bis 5, 1 = am wenigsten dringend, 5 = am dringendsten



Quelle: Expertenbefragung des Razumkov-Zentrums vom 14. bis 20. Mai 2010, http://www.razumkov.org.ua/eng/files/category_journal/NSD116_eng_2.pdf

Grafik 10: Welches sind Ihrer Meinung nach die größten Bedrohungen für die Demokratie in der Ukraine? (Expertenbefragung des Horschenin-Instituts, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: Expertenbefragung des Horschenin-Instituts vom 15. bis 25. Dezember 2011, http://institute.gorshenin.ua/researches/106_perspektivi_jevrointegratsii.html

Neuer Wirtschaftsminister – Petro Poroschenko

Petro Poroschenko, geboren 1965 im Gebiet Odessa, saß für Unsere Ukraine im Parlament und ist laut Forbes-Liste 2012 der siebtreichste Mann der Ukraine. Seit 23.3.2012 ist er neuer Wirtschaftsminister des Landes.

1998 wurde Poroschenko erstmals ins Parlament gewählt. Er schloss sich der Fraktion Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte) an, wurde alsbald Mitglied des politischen Rates dieser Partei und gehörte somit zum Kutschma-Lager. Die regionale Hochburg Poroschenkos ist die Stadt Winnyzja sowie große Teile des gleichnamigen Gebietes im Westen der Zentralukraine. Nach zwei Jahren gründete Poroschenko die Partei Solidarnost, die er noch im selben Jahr mit vier weiteren Parteien zu einer neuen Partei zusammenführte – diese wurde im März 2001 als Partei der Regionen registriert und Poroschenko zum Stellvertreter des Vorsitzenden Mykola Asarow gewählt. Im Dezember 2001 wandte sich Poroschenko von der Partei ab und schloss sich mit Solidarnost dem oppositionellen Block Unsere Ukraine an, deren Wahlstabsleiter er umgehend wurde. 2002 gelang es ihm abermals, ins Parlament gewählt zu werden. Er stieg ins Präsidium von Unsere Ukraine auf und leitete bis 2005 den parlamentarischen Haushaltsausschuss. Mit Wiktor Juschtschenko war er eng verbunden und galt als wichtiger Sponsor der Orangen Revolution.

Nachdem Julija Tymoschenko Ministerpräsidentin geworden war und Poroschenko dieses Amt versagt blieb, wurde ihm von Februar bis September 2005 die Leitung des Sicherheitsrates der Ukraine übertragen. Die Amtsbe-fugnisse wurden zwar kurz nach seiner Ernennung wesentlich erweitert, aber aufgrund von Korruptionsvorwürfen wurde Poroschenko nach einem halben Jahr von Juschtschenko wieder aus dem Amt entlassen. Im März 2006 zog Poroschenko abermals für Unsere Ukraine ins Parlament ein und übernahm die Leitung des Finanzausschusses. Im Februar 2007 übernahm er den Vorsitz des Rates der Nationalbank. Präsident Juschtschenko schlug ihn im Oktober 2009 als Außenminister vor und das Parlament bestätigte ihn. Als dann aber im März 2010 die gesamte Regierung entlassen wurde, übernahm Konstantyn Hryschtschenko Poroschenkos Amt.

Poroschenkos Reichtum gründet auf den Einnahmen seiner Unternehmensgruppe Ukrprominvest, zu der unter anderem der Süßwarenproduzent Roshen und der Fernsehsender 5. Kanal gehören.

12-Punkte-Plan Poroschenkos

Bevor Petro Poroschenko sein Amt als Wirtschaftsminister antrat, legte er Präsident Janukowytsch seinen Aktionsplan vor.

1. Freiheit des Unternehmertums
2. Unterstützung der heimischen Produzenten, Gewährleistung eines günstigen Geschäftsklimas und die Schaffung neuer, qualifizierter Arbeitsplätze
3. Schutz der Unternehmen vor Druck durch Vertreter der Machtstrukturen, Beseitigung der Möglichkeiten für ungerechtfertigte Eingriffe der Rechtsschutzorgane in die Wirtschaftsaktivitäten. Einführung der finanziellen Verantwortung für die Verursachung von wirtschaftlichen Schäden
4. Vereinfachung des Systems zur Eintragung von Eigentumsrechten. Freier Zugang zum EDRPOU [Handelsregister]. Organisation der Arbeit zwischen Beamten und Unternehmern nach dem Prinzip des »transparenten Büros«
5. Deregulierung bei der Führung von Geschäften; Reduzierung, Vereinfachung sowie Kostensenkung der Dienstleistungen der Organe der Staatsmacht und staatlicher Unternehmen
6. Reform der Energiemärkte und Nahrungsressourcen entsprechend den europäischen Standards und Kriterien der ökologischen Sicherheit
7. Effiziente Nutzung von Ressourcen
8. Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft. Angleichung der makroökonomischen Ungleichgewichte
9. Umwandlung des Systems der nationalen Projekte in eine Prioritätenliste zur staatlichen Förderung von Investitionen, insbesondere in den Bereichen Energieeinsparung und Diversifizierung von Energiequellen
10. Effektive Unterstützung des Exports durch die Implementierung des Systems der Exportkredite und der Risikoversicherungen sowie der politischen Unterstützung für ukrainische Produzenten auf den ausländischen Märkten

11. Schutz des Binnenmarktes vor unfairem Wettbewerb seitens ausländischer Firmen in Übereinstimmung mit den Regeln und Normen der WTO. Kampf gegen die Einführung von minderwertigen und gefährlichen Produkten. Schaffung von »zivilisierten« Bedingungen für die Landreform, Gewährleistung des Schutzes von Eigentumsrechten an Grundstücken, Förderung der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und Anziehung von Investitionen im Agrarsektor. Gesetzliche Festlegung eines Mindestpreises für Land und Sicherung der Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Raum
12. Grundlegende Reform des Systems der staatlichen Reserven im Bereich der strategischen Ressourcen

Quelle: <http://korrespondent.net/ukraine/politics/1332480-poroshenko-o-predlozhenii-yanukovicha-vozglavit-minekonomiki-reshenie-ya-prinyal>

Ukrainische Pressestimmen

Jewremow: Poroschenko beginnt am Montag seine Arbeit als Wirtschaftsminister

Delo.ua, 23.3.2012

Auf die Frage, warum Vertreter des »orangenen Lagers« in die Regierung aufgenommen werden, antwortete Jewremow [Fraktionsvorsitzender der Partei der Regionen], dass die Führung ihr Augenmerk nicht auf die politische Zugehörigkeit lege, sondern die Professionalität eines Menschen bewerte. »Ich denke der Präsident hat in dieser Frage ganz richtig entschieden«, bemerkte er.

Quelle: <http://delo.ua/ukraine/efremov-poroshenko-s-ponedelnika-nachnet-rabotat-na-postu-minis-175288/>

Die süßen Träume Poroschenkos

Ekonomitscheskie Iswestija, Konstjantyn Rylew, 26.3.2012

Neben der Modernisierung des Machtapparates hat sich Wiktor Janukowytsch vorgenommen, die Taktik und die Strategie in der Wirtschaftspolitik grundsätzlich zu ändern. Deren »Verwaltungsbereich«, verkörpert durch Ministerpräsident Mykola Asarow, hat ein Fiasko erlitten. Janukowytsch hat daraufhin entschieden, den Kurs mithilfe der »Jungreformatoren« zu ändern: dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walerij Chroschkowskyj, dem Vorsitzenden des dreiseitigen sozial-ökonomischen Rates Dmytro Firtasch und dem ehemaligen Leiter des Rates der Nationalbank Petro Poroschenko, dem das Amt des Wirtschaftsministers angeboten wurde. [...]

Erinnern wir uns an die Beziehung zwischen Poroschenko und Tymoschenko – ungetrübt kann man die nicht nennen. Tymoschenko beschuldigte Poroschenko, als dieser Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates war, des Amtsmissbrauchs. Genau dafür sitzt sie nun selbst eine Strafe ab. Möglicherweise wird Poroschenko nicht mit allzu viel Engagement auf der sofortigen Freilassung der in Ungnade gefallen Ex-Ministerpräsidentin bestehen. Allerdings hat Poroschenko genau dies gefordert und der Präsident hat gesagt, dass er »alles nur Mögliche« dafür tun wird. Die Gentlemen waren zufrieden miteinander.

Quelle: <http://state.eizvestia.com/full/sladkie-mechty-poroshenko-2>

»Der Plan Poroschenkos« – das ist der Plan Janukowytschs

Ekonomitschna pravda, 23.3.2012

Es geht darum, dass Poroschenko als Wirtschaftsminister automatisch auch mit der Realisierung der technischen Vereinbarungen zu Fragen der Freihandelszone mit der EU beschäftigt sein wird, wenn sich die Ukraine für diese Zone entscheidet und nicht für die Zollunion mit Russland. Aber noch viel mehr wird die Anwesenheit Poroschenkos in der Regierung dem Plan Janukowytschs, den guten Ruf des Landes in Europa wieder herzustellen, dienlich sein. Nicht genug, dass der Präsident zeigt, dass er nicht nur böse Oligarchen und Freunde der Familie in die Regierung beruft. Er lässt auch professionelle Politiker und Verwaltungsleute mit unbeschädigtem Ruf hinein. Na gut, zumindest nicht mit dem schlechtesten Ruf. [...]

Insbesondere hat dieser Tage die Stiftung Poroschenkos eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit dem Zentrum Europäischer Politik unterschrieben – einem Forschungs- und Beratungszentrum der Europäischen Union.

Quelle: <http://www.epravda.com.ua/publications/2012/03/23/319501/>

Die Kommunisten sind mit der Ernennung Poroschenkos nicht zufrieden**Glawred, 23.3.2012**

Der Abgeordnete der Kommunisten Jewhen Zarkow beurteilt die Ernennung Petro Poroschenkos zum Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine negativ. »Ich werte das als negativen Schritt. Andererseits verstehe ich den Präsidenten: In der Welt der Kriminellen gibt es das Prinzip der ›gegenseitigen Deckung‹ – vielleicht hat Poroschenko aber auch einen Fehler gemacht, als er auf diesen Vorschlag einging. Denn jetzt wird er in die Angelegenheiten der Führung hineingezogen«, zitiert Interfaks-Ukraina Zarkow. Nach den Worten des Abgeordneten werden die Oligarchen einfach immer stärker.

Quelle: <http://glavred.info/archive/2012/03/23/141840-10.html>

Petro Poroschenko wurde zum Leiter des Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung ernannt**Komsomolskaja prawda, 23.3.2012**

»Poroschenko ist für seine liberalen Ansichten bekannt«, sagt der Direktor des Instituts für wirtschaftliche Entwicklung, Aleksandr Paschawer. »Eine andere Frage ist, ob er seine Ansichten im derzeitigen Machtsystem auch umsetzen können wird. Ich würde sehr gern daran glauben, dass die Führung die realen Wirtschaftsprobleme erkannt hat und nun auf diesem Wege versucht das Leben der Unternehmer zu verbessern. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass man lediglich versucht, das Image des liberalen Poroschenko auf die gesamte Regierung abfärben zu lassen.« [...]

»Ich sehe die Ernennung des neuen Wirtschaftsministers positiv«, sagt der Direktor des Wirtschaftsprogramms des Razumkow-Zentrums Wasyl Jurtschyschyn. »Dabei würde ich die Ernennung zusammen mit der jüngsten Ernennung des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten (Walerij Choroschkoskyj, Red.) sehen, gerade weil beiden Ernennungen die Qualifikation und die Erfahrung der Anwärter und nicht verwandtschaftliche oder parteiliche Zugehörigkeiten zugrunde liegen. Erstens verfügen beide über große politische Erfahrung in der staatlichen Verwaltung. Sie arbeiten dabei ergebnisorientiert, in unterschiedlichen politischen Mannschaften, in höchsten staatlichen Positionen. Zweitens sind beide anerkannte und äußerst wichtige, große und erfolgreiche Manager, sie kennen und verstehen die Probleme der Entwicklung der Wirtschaft und des Unternehmertums. Drittens sind beide offene und in die Öffentlichkeit tretende Politiker, die nicht nur ihre Muttersprachen (Ukrainisch und Russisch) perfekt beherrschen, sondern auch Englisch, was es erlaubt die direkte Kommunikation und die Verständigung mit internationalen Politikern und Investoren zu verbessern. Deshalb darf man hoffen, dass für die Ukraine endlich ein ›window of opportunity‹ aufgestoßen wurde, wenn auch nur einen Spalt breit.«

Quelle: <http://kp.ua/daily/230312/330699/>

Donij bezeichnet die Ernennung Poroschenkos zum Leiter des Wirtschaftsministeriums als Fehler**Korrespondent.net, 23.3.2012**

»Ich verstehe das Interesse der Macht an seiner [Poroschenkos] Ernennung, denn die sozial-ökonomische Politik ist gescheitert. Die Führung ist einerseits an einem guten Management interessiert, andererseits an einer Schwächung der Opposition. Sie schlägt somit zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie stärkt den Personalbestand der Regierung und versetzt gleichzeitig der Opposition einen Schlag«, sagte Oles Donij [Abgeordneter der Fraktion Unsere Ukraine].

Außerdem wurde nach Ansicht des Politikers Druck auf Poroschenko ausgeübt. [...]

»Dass er die Entscheidung so lange hinausgezögert hat, ist in gewissem Sinne ein Beweis dafür, dass er sich dem Druck nicht sofort ergeben hat«, fügte Donij hinzu.

Quelle: <http://korrespondent.net/ukraine/politics/1332548-donij-nazval-oshibkoj-naznachenie-poroshenko-glavoj-minekonomiki>

Poroschenko offiziell zum Leiter des Wirtschaftsministeriums ernannt**Liga Monitoring SMI, 23.3.2012**

Verschiedene Quellen betonen, dass die Zusammenarbeit von Petro Poroschenko mit Wiktor Janukowytsch und Mykola Asarow zeitlich begrenzt sein wird. Nach vorliegenden Informationen hat Poroschenko auf einem der Treffen neben seinen in einem Plan zusammengefassten Vorschlägen zwei weitere Bedingungen für seine Arbeit als Minister vorgebracht: Erstens möchte er sich das Recht auf eigenständige Beteiligung an den Parlamentswahlen offenhalten (er wird in einem der Kreise der Region Winnyzja antreten) und zweitens soll das Staatsoberhaupt alles nur Mögliche für die Befreiung der politischen Gefangenen tun. [...]

Petro Poroschenko spielt ein geschickteres Spiel, ist der Direktor des Instituts globaler Strategien Wadim Karasajew sich sicher: »Ich würde die Gerüchte über den Druck auf seine Geschäfte als Motiv für sein Einverständnis [den Posten anzunehmen] nicht überbewerten, ich denke Poroschenko verfolgt trotz allem das Ziel, seine politische Karriere fortzusetzen.«

Quelle: http://smi.liga.net/actual/2012-03-23/4762508-segodnya_poroshenko_ofitsialno_naznachat_ministrom_minekonomiki.htm

Poroschenko zum Wirtschaftsminister ernannt

Segodnja.ua, 23.3.2012

Wie die Zeitung Segodnja berichtet, könnte Poroschenko ein Minister für wenige Monate sein, denn er hat gleichzeitig vor, bei den Parlamentswahlen in seinem Ein-Mann-Wahlkreis anzutreten. Deshalb gibt es zwei Varianten: Entweder nimmt der Minister im August Urlaub und wenn er dann Abgeordneter geworden ist, entscheidet er sich zwischen Parlament und Regierung, oder aber der Präsident erinnert sich an seinen Erlass, der es Ministern verbietet an Wahlen teilzunehmen, und Poroschenko verliert seinen Ministerposten. Es gibt aber auch noch eine dritte Variante: Poroschenko tritt bei den Wahlen nicht an. Aber, so hört man aus dessen Kreisen, diese Variante werde erst einmal nicht in Betracht gezogen. Poroschenko wird ja nicht aus freien Stücken Minister, das heißt nicht ganz aus freien Stücken: Mehr als einmal wurde berichtet, dass der ehemalige Sekretär des Sicherheitsrates in die Regierung wechseln will, allerdings in ein anderes Ministerium – ins Finanzministerium. Da der Präsident jedoch erklärt hat, dass er ihn im Wirtschaftsministerium sehen wolle, wäre eine Absage von Poroschenko selbst sehr ungeschickt gewesen.

Quelle: <http://www.segodnja.ua/news/14351120.html>

Expertenmeinung zur Ernennung Poroschenkos: Die Führung versucht sich zu veredeln

Unian, A. Sawtschenko, 23.3.2012

Ein Experte erklärte: »Es ist offensichtlich, dass die Partei der Macht am Vorabend des Wahlkampfes versucht sich zu veredeln und deshalb für Neubesetzungen Leute sucht, die das grundlegende Image der Führung insgesamt und der politischen Führungskraft – der Partei der Regionen im Besonderen – ein wenig verbessern können. Deshalb ist die Ernennung Poroschenkos für die Führung ein Element, mit dem man demonstrieren kann, dass die Partei der Macht versucht konstruktive Entscheidung zu treffen, um die wirtschaftliche Situation und das Image in der Bevölkerung am Vorabend der Wahlen zu verbessern.«

Quelle: <http://www.unian.net/rus/news/493735-ekspert-o-naznachenii-poroshenko-vlast-pytaetsya-sebya-oblagorodit.html>

Zusammengestellt und übersetzt von Irene Ramchen und Judith Janiszewski

CHRONIK

Vom 14. bis 27. März 2012

14.3.2012	Natalija Korolewska, Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, wird unter dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit der Präsidentschaftsadministration aus der Fraktion Block Tymoschenko ausgeschlossen. Tags darauf wird die gesamte Partei aus der Fraktion ausgeschlossen. Eine Woche später nennt sich die Partei in »Ukraine-Vorwärts!« um.
14.3.2012	Der Geheim- und Sicherheitsdienst (SBU) lädt den Wissenschaftsrat des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften wegen Veruntreuung von Staatsgeldern vor. Die Pressesprecherin des SBU Maryna Ostapenko schreibt dies im Nachhinein dem Übereifer eines jungen Kollegen zu, Präsident Wiktor Janukowytsch nennt das Vorgehen »unprofessionell«. Das Institut lässt verlauten, dass die Ermittlungen fortgeführt würden.
15.3.2012	Bei der Wahl zum Parlamentsvertreter für Menschenrechtsfragen kann sich keiner der beiden Kandidaten durchsetzen. Die Regierungsvertreterin beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof Walerija Lutkowska bekommt 212 Stimmen, Jewgenij Sacharow von der ukrainischen Helsinki-Vereinigung 134 Stimmen, bei erforderlichen 226 Stimmen.
16.3.2012	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte weist die ukrainische Regierung an, der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko eine angemessene medizinische Behandlung zukommen zu lassen.
17.3.2012	Auf dem Parteitag in Kiew sprechen sich 329 von 332 Abgeordneten der Partei Starke Ukraine für den Vorschlag ihres Vorsitzenden Serhij Tihipko aus, sich mit der Partei der Regionen zu vereinigen. Tihipko übt von nun an das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden der Partei der Regionen aus.
19.3.2012	Präsident Wiktor Janukowytsch nimmt an der Sitzung der Eurasischen Wirtschaftsunion in Moskau teil. Der russische Präsident Dmitrij Medwedjew droht den Partnerländern mit Sanktionen, wenn sie sich nicht für einen Beitritt entscheiden. Die Ukraine hat seit 2002 einen Beobachterstatus. Janukowytsch gratuliert Ministerpräsident Wladimir Putin zur gewonnenen Präsidentenwahl, da dies Stabilität für den Osten Europas bedeute.
20.3.2012	Die Ukraine beginnt mit der Reorganisation des staatlichen Gasversorgers Naftohas. Das Parlament verabschiedet mit knapper Mehrheit (237 Stimmen) in erster Lesung ein Gesetz, das die Ausgliederung des Gastransportsystems aus dem Unternehmen vorsieht. Die Opposition befürchtet vor allem die Übernahme der Pipelines durch Gasprom, wenngleich die Privatisierung oder Veräußerung von dem Gesetz verboten bleibt.
21.3.2012	Inna Bohoslawska, Leiterin der parlamentarischen Untersuchungskommission, legte dem ukrainischen Parlament einen Bericht über die russisch-ukrainischen Gasverträge von 2009 vor. Die Mehrheit der Parlamentsmitglieder bestätigte den Bericht. Bohoslawska erklärte, der Kommission lägen Hinweise auf einen Hochverrat seitens Julija Tymoschenkos hinsichtlich der wirtschaftlichen Sicherheit des Landes vor, wofür sie abermals zu 10 bis 15 Jahren verurteilt werden könnte.
22.3.2012	Das Parlament stimmt für ein Gesetz, dass es NGOs erlaubt als juristische Personen registriert zu werden und selbst unternehmerisch tätig zu sein. Es tritt Anfang 2013 in Kraft. Statt wie bisher innerhalb von 30 Tagen, sollen solche Organisationen nun nach Ablauf einer Woche registriert werden. Es wird hierbei nicht mehr zwischen lokalen, nationalen und internationalen NGOs unterschieden.
23.3.2012	Präsident Wiktor Janukowytsch ernennt Petro Poroschenko zum neuen Wirtschaftsminister. Dieses Amt war frei geworden nachdem Andrij Kljuschew Mitte Februar 2012 zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates ernannt worden war.
27.3.2012	Präsident Wiktor Janukowytsch trifft auf dem zweiten Gipfel zur Nuklearsicherheit in Seoul unter Ausschluss der Presse mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama zusammen. Auf dem ersten Gipfel im April 2010 hatte Janukowytsch den Abtransport des noch vorhandenen hochangereicherten Urans zugesagt. Fünf Tage vor dem zweiten Gipfel wurde nun die Überführung der letzten Ladung nach Russland verkündet. Der Transfer erfolgte mit finanzieller und logistischer Unterstützung der USA und der Internationalen Atomenergiebehörde.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de